

beschreiben wird übrigens angenommen, daß auch andere Staaten diesem Beispiel folgen und ihre Handelsminister im nächsten Februar nach Genf entsenden werden.

### Deutsch-polnische Vereinbarungen

Die deutsch-polnischen Liquidationsverhandlungen haben nunmehr zu einer endgültigen Vereinigung aller unter diesem Sammelbegriff zusammengefaßten Probleme geführt. Es handelte sich dabei um drei Hauptpunkte, nämlich um das sogenannte „Wiederkaufrecht“, um die Einstellung der eigentlichen Liquidationen und um den Ausgleich der gegenseitigen Liquidationen. Die Frage des Wiederkaufrechtes geht zurück auf die östliche Siedlungspolitik der alten preussischen Regierung, die sich bei der Uebergabe von Gütern an Siedler oder Rentner das Recht vorbehalten hatte, gegebenenfalls die normale Erbfolge zu brechen und Güter wiederzukaufen. Die polnische Regierung beanspruchte die Rechtsfolge der preussischen Regierung in dieser Beziehung. Die Durchsetzung des Standpunktes der polnischen Regierung hätte im Laufe der nächsten Jahre aller Voraussicht nach zum Aukauf von rund 12 000 Siedlungs- und Rentnergütern und damit wahrscheinlich zur Verdrängung der Inhaber dieser Güter oder ihrer Angehörigen, insgesamt 80 bis 80 000 Menschen, aus Polen und zwar in erster Linie aus Teilen des Korridors geführt. Die polnische Regierung verhält

tet nach der jetzt getroffenen Einigung auf das Wiederkaufrecht in allen Fällen, wo Deszendenten, Unerben, Geschwister oder Ehefrauen als Erben in Frage kämen, d. h. also in etwa 99 Prozent aller möglichen Fälle. Daß die eigentlichen Liquidationen eingestellt würde, war zu erwarten. Es ist darüber hinaus erfreulich, daß die bereits vorgenommenen Liquidationen von deutschen Gütern usw., deren Inhaber am 1. September d. J. trotz vollzogener Liquidation ihre Besitzungen noch nicht verlassen hatten, annulliert werden. Damit werden alle diejenigen Fälle wieder rückgängig gemacht, die in den letzten Wochen die Ursache so zahlreicher Verstimmungen zwischen Polen und Deutschland wurden. Die Ausgleichung der gegenseitigen Forderungen endlich, die aus der Verschreibung von Provinzen, Kommunen und anderen Folgen des Versailler Vertrages und den dadurch nötig werdenden Vermögensauseinandersetzungen sich ergaben, war ein Problem von ganz außerordentlicher Komplexität, das nur durch eine Pauschalung geregelt werden konnte. Diese ist dadurch vollzogen, daß beide Länder die fraglichen Forderungen als erledigt erklärten. Soweit privatrechtliche, letzter Instanz vor dem Haager Gerichtshof zu entscheidende Forderungen vorliegen, wird die deutsche Regierung Sonderregelungen zu treffen haben, die aber keine übermäßig hohen Summen beanspruchen. Es handelt sich dabei lediglich um die speziellen Fälle, in denen sogenannte Zusatzforderungen erhoben worden sind.

neigende Kriegsmilitär Mainlebe dem französischen Volke durch das letzte Kriegsdienstgesetz ausgelegt hat. Ist bei dem steigenden Gegensatz zwischen Frankreich und Italien sicher das Ergebnis solcher Beschränkungen. Eine weitere Schwierigkeit besteht darin, daß Politik heute nicht mehr nach ritterlichen, sondern nach geschäftlichen Grundsätzen getrieben wird. Jedem will gern die Verständigung, aber sie läßt sich nicht mehr allein auf das Vertrauen in die Ehrlichkeit des anderen Teiles gründen. Die Staatsmänner gleichen heute Advokaten, die bei den Verhandlungen, die sie für ihre Mandanten führen, gendigt sind, alles schwarz auf weiß nach Hause zu tragen. Es war bezeichnend, daß es bei der Vertretung des Locarno-Vertrages im Reichstag weder der Reichskanzler noch der Außenminister wagten, die große politische und ideale Bedeutung der Annäherung in den Vordergrund zu stellen; beide beschränkten sich darauf, die einzelnen Artikel zu erläutern, die für Deutschland günstig waren. Erst bei der Unterzeichnung der Locarno-Verträge in London hielt Stresemann seine große Friedensrede. . . . Alle diese Umstände machen die Verhandlungen mühsam und langwierig. Alle aber, die an ihnen nicht unmittelbar mitwirken, haben die Verpflichtung, die Verständigung durch eine moralische Umwälzung zu unterstützen. Nebenherreden auf deutscher Seite sind ebenso schädlich wie Ungezogenreden auf französischer. In der Bereinigung der Schulbücher von chauvinistischem Geiste sind wir den Franzosen voran, im Verständnis der Lehrpersonen für die Aufgabe der Verbesserung zurück. Internationale Zusammenkünfte auf gleicher Basis werden dazu führen, daß man sich kennen und einander vertrauen lernt. Wenn beide Länder vergessen, ist die Zukunft Europas gesichert.

## Wann beide Länder vergessen . . .

Ein Kapitel zu östlicher Politik

Von Erich Koch-Weser, M. d. R.

Dieses, etwas gefälschte Kapitel entnehmen wir einem Buche des Demokratenführers und vormaligen Reichsministers Erich Koch-Weser: „Deutschlands Außenpolitik in der Nachkriegszeit. 1919-1920.“ (Berlin-Grünwald, Kurt Bonowind Verlag G. m. b. H.)

Zwischen Deutschland und Frankreich liegen tausend Jahre kriegerischer Verwicklungen. Man nennt die beiden Länder deshalb Erbfeinde. Aber man soll sich erinnern, daß die Feindschaft im Grunde nur eine dynastische Feindschaft wegen einer Erbchaft war. Es ist vielleicht nicht ohne Interesse, sich einmal zu überlegen, wie die Entwicklung vor sich gegangen wäre, wenn Ludwig der Fromme einen seiner früheren Erbteilungspläne verwirklicht hätte, etwa den, der das alte Frankreich und Niederachsen, also Norddeutschland und Nordfrankreich einem seiner Söhne zuerkennen wollte, und Bayern, Südfrankreich und Italien den anderen. Erst die Verwirklichung des letzten Teilungsplanes hat die deutsche und die französische Nation geschaffen. Das Schlimmste aber war, daß er zwischen die beiden neuen Reiche ein drittes legte, das Lotharingen und später Burgund hieß, viel zu schmal und hilflos, als daß es Subjekt der Politik werden konnte, aber wertvoll genug, Objekt der widerstreitenden Politik Frankreichs und Deutschlands zu sein. Seit dem Zusammenschluß Frankreichs zu einem Einheitsstaat und dem Zerfall Deutschlands in partikularistische Gebilde ist Frankreich in diesem Streit, nicht ohne Rückschlüsse, erfolgreicher gewesen. Ludwigs XIV. Rheinpolitik hat ihren letzten Ursprung in dem Testament seines ersten Namensvetters auf dem französischen Thron. Ihr volles Ziel hat keine der beiden Nationen erreicht. Dieser dynastische Streit ist um viele Jahrhunderte älter als das Nationalgefühl und das Streben nach Bildung von Nationalstaaten. Das sind Ideen, die in Frankreich zwar schon sehr früh die Taten der Jungfrau von Orleans bestimmt haben, die aber in Frankreich erst in der französischen Revolution und in Deutschland erst unter dem Druck der napoleonischen Herrschaft Gemeingut der Nation geworden sind. Von dem Gesichtspunkt des Nationalstaates aus gesehen ist Frankreich mit der Eroberung von ganz Elsass-Lothringen weiter vorgebrungen, als die französische Rasse und Sprache reicht.

Es fragt sich, ob man diesem tausendjährigen Kampf noch weitere tausend Jahre des Kampfes folgen lassen soll. Es ist eins der klügsten Worte von Briand, daß beide Nationen in diesem Kampfe Ehre genug davongetragen hätten, aber daß es jetzt Zeit für sie sei, an ihre gemeinsamen Lebensinteressen zu denken. Für uns Deutschen, die wir besetzt sind, die wir Land verloren haben, das deutsch ist, und die wir in der Nachkriegszeit die demütigende Behandlung der Franzosen erfahren haben, ist der Verzicht auf eine Austragung des Widerstreites schwerer als für die Franzosen. Aber der Verzicht ist notwendig um Europas und um Deutschlands willen.

Es muß offen ausgesprochen werden, obwohl es in Deutschland mit Rücksicht auf aufgenommen und in Frankreich nicht gern gehört werden wird, daß die französische Politik der Sicherungen in besonderem Maße auf den Umfang zurückzuführen ist, daß Frankreich Angst vor einem Revanchekrieg hat. Frankreich steht nicht die Schwäche der deutschen Rüstung, es steht auch nicht die ungescheure Wandlung in der politischen Einstellung, die sich bei der überwiegenden Mehrheit des deutschen Volkes vollzogen hat und es für jeden Staatsmann ein untragbares Wagnis erscheinen lassen müßte, einen Revanchekrieg zu führen. Frankreich sieht nur die ziffernmäßige Ueberlegenheit des deutschen Volkes, seine Leistungsfähigkeit, seinen Erfindergeist und seine wirtschaftliche Kraft. Es fürchtet sein „potentiel de guerre“. Frankreich denkt auch an deutsche Bündnismöglichkeiten. Glaubte es früher an eine Volkseinführung, die Rußland und Deutschland zu einer fünffachen Uebermacht vereinen könnte, so

denkt es heute an einen Sieg des Faschismus in Deutschland, der es an die Seite Italiens bringen würde. Es gibt rechtsstehende Politiker, die in ihren Reden tiefen Gedanken verfallen. Wiederum offenbar in erster Linie aus innerpolitischen Erwägungen. Denn wenn außenpolitische Erwägungen sie leiteten, müßten sie von ihrem Standpunkt aus schweigen. Es ist nicht zuziel gesagt, daß mindestens 95 Prozent aller Deutschen solche Gedankengänge ablehnen. Sie haben übrigens auch genug von dem letzten Bündnis mit Italien. Die gewaltige und noch niemals dagewesene Rüstung aber, die der gewiß nicht zu Eroberungskriegen

### Erößere Unregelmäßigkeiten bei einer Steuerklasse

Bei der Steuernebenklasse Karthaus bei Biegnitz sind Veruntreuungen aufgedeckt worden, deren Höhe die Stadt auf 12 300 RM beziffert. Der Steuerkassensekretär Eitner wurde in Untersuchungshaft genommen. Das Strafverfahren ist im Gange. Eitner hat gemeinschaftlich mit einem bereits abgeurteilten Vollstreckungsbeamten 6300 RM veruntreute Steuerbeträge fälschlich an die Kasse abgeliefert verbucht, außerdem für weitere 6000 RM Steuerbeträge Kassenquittungen an die Steuerschuldner unterbucht ausgehändigt. Weiterhin hat Eitner in größerem Umfang von Hausfrauen und Gewerbetreibenden erhebliche Darlehen erschwindelt. Es kursieren in Biegnitz Gerüchte, daß die Stadt im ganzen um 18 000 RM geschädigt sein soll.

## Unter der Straße von Gibraltar

Zu dem neuen Tunnelplan — Sein Inhalt und seine Kosten — Europa und Afrika — Weltpolitische Auswirkungen

Die Idee die Straße von Gibraltar zu untertunneln, ist nicht neu. Schon im Jahre 1889 überreichte der Franzose Laurent de Billedeuil der spanischen Regierung einen ausführlichen Plan zur Untertunnelung der Meerenge. Seitdem hat dieses Projekt wiederholt Franzosen, Spanier und andere beschäftigt. Jetzt ist der spanische Oberleutnant Pedro Jébenois mit einem Buche herausgerückt „El Tunel Submarino del Estrecho de Gibraltar“ (Madrid Editorial Voluntad N.A.), das er der Regierung Primo de Ribera überreichte. Die Folge davon war die Einsetzung einer besonderen Tunnelkommission unter Führung von Senor de la Penna, des Direktors des Geologischen Instituts. Der Kommission gehört auch Dr. Odon de Buen von dem Ozeanographischen Institut sowie andere Seefachverständige, hohe Militärs und hervorragende Zivilingenieure an.

Die Straße von Gibraltar ist an ihrer engsten Stelle etwa acht Meilen breit, dehnt sich aber nach dem Westen hin zwischen dem Kap Trafalgar und dem Leuchtturm von Spartel auf etwa 30 Meilen aus. Eine Untertunnelung im Osten der Straße ist unmöglich, weil sich hier riesige Wasserlöcher befinden, die Tiefen von über 3000 Fuß aufweisen. Auch die engste Stelle kann nicht gewählt werden, weil hier Tiefen von nahezu 2000 Fuß zu überwinden wären. Westlich von Tarifa dagegen erscheint die geologische Lage am günstigsten. Aus diesem Grunde wurden dreieinhalb Meilen westlich von Tarifa jetzt die ersten Spatenstöße getan, um einen tiefen Schacht auszuheben. Der zweite Schacht soll gegenüber an der afrikanischen Küste entstehen. Außerdem sind zahllose Stütungen geplant, um die Tiefe des Meeres und die Bodenschichten an dieser Straße festzustellen.

Die beste Linie für den geplanten Tunnel erblicken die Sachverständigen heute in einer Kurve, die von der Gegend von Tarifa südwestlich führt, um in der Mitte der Meerenge tieferen Wassern auszuweichen, dann aber südlich sich der afrikanischen Küste nähert, die sich etwa zwischen Alcazar Seguer und Punta Alcares in der spanischen Marokko-Zone, nicht weit von der Grenze der internationalen Zangerzone, erreicht. Der Tunnel würde in diesem Falle eine Länge von 30 bis 36 Kilometern haben. Elektrische Säge könnten diese Straße in 30 bis 40 Minuten durchsagen.

Dieser Tunnel unter der Straße von Gibraltar wäre nicht viel länger als der Simplontunnel, dessen Fertigstellung bisher der Ingenieurfunk die größten Aufgaben zu lösen gab. Oberleutnant Jébenois setzt nicht in Rechnung, daß in letzter Zeit neue Maschinen erfunden wurden, die den Tunnelbau wesentlich erleichtern und verbilligen, er nimmt aber an, daß die Baukosten des geplanten Tunnels doppelt so hoch sind als die des Simplontunnels. Er kommt

dabei auf 300 Millionen Pesetas oder 200 Millionen RM. In fünf bis sechs Jahren kann nach seiner Auffassung der Tunnel dem Verkehr übergeben werden. Seine Berechnungen sind indessen durchgehends vorläufiger Natur. Genauere Kalkulationen sind erst möglich, wenn der neue Untersuchungsausschuß der Regierung seine Arbeiten abgeschlossen hat. Dann mag vielleicht schon in absehbarer Zeit der Traum der Königin Isabella sich erfüllen, den sie auf ihrem Schlosse zu Medina del Campo hatte, als sie von der Verbindung Europas und Afrikas träumte und ihr verlostendes Zukunftsbild ihrer Gesellschafterin in die Feder diktierte.

Sollten sich die Spanier entschließen, den Kanal wirklich zu bauen, dann erheben sich sogleich zahlreiche politische, militärische und rechtliche Fragen. In finanzieller Hinsicht ist nicht daran zu zweifeln, daß der Tunnelbau den Spaniern weniger kostet, als die Kriege, die sie in den letzten 20 Jahren in Marokko führten. Rechtlich erhebt sich aber sofort die Frage, ob der Tunnel ein rein spanisches Unternehmen werden soll oder ob er nicht im Zeitalter des Weltverkehrs von vornherein internationalisiert und unter der Regide des Senfer Völkerbundes zu bauen ist? Internationale Verwicklungen können kaum ausbleiben, da der geplante Tunnel unter den englischen Gebirgen von Gibraltar liegen wird und ganz nahe an der internationalen Zangergrenze vorbeiführt. Auch den Franzosen kann dieses Kanalprojekt nicht gleichgültig sein, denn sie erhalten dadurch eine unmittelbare Landverbindung mit ihren großen nordafrikanischen Kolonien. Für die Spanier handelt es sich dabei nicht zuletzt um die Vereinfachung einer anderen Frage, die von weltpolitischer Bedeutung ist, nämlich um die Räumung von Gibraltar durch die Engländer. Oberleutnant Jébenois behandelt diese Frage eingehend in dem letzten Kapitel seines Buches. Gibraltar, schreibt er, ist wohl eine moderne Festung, aber kein Hindernis für die spanische Nation von 22 Millionen Menschen. Sollte der Tunnel gebaut werden, dann müßten die Engländer in Gibraltar wohl ihre Handelsinteressen wahren, doch sollte Spanien mit London Verhandlungen aufnehmen, damit die Engländer Gibraltar räumen, und als Ersatz dafür die Inseln Alboran und Chafarinas in Besitz nehmen. Die Londoner „Times“ nehmen von diesem Projekt Kenntnis und bemerken, daß zweifellos diese Inseln, wenn sie militärisch ausgebaut und zweckentsprechend bewaffnet würden, eine militärische Basis erster Ordnung schaffen würden.

Oberleutnant Jébenois bemerkt ausdrücklich, daß er diesen Vorschlag auf eigene Rechnung macht, ohne irgendwie mit den verantwortlichen Regierungsstellen Rücksprache genommen zu haben. Es steht aber außer Frage, daß er die Ansicht aller Spanier ausdrückt,